Gutachten

BMG lässt verfassungsrechtliche Legitimation des G-BA prüfen

Die Bundesregierung möchte die verfassungsrechtliche Legitimität des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) klären. Dafür hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) drei Gutachten in Auftrag gegeben. Ausgangspunkt sind nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Zweifel des Bundesverfassungsgerichts an der Legitimität des wichtigsten Steuerungsorgans der Selbstverwaltung: Demnach besitze das Gremium lediglich schwache verfassungsrechtliche Verankerung, entscheide aber über viel Geld.

Wie die FAZ das BMG zitiert, gebe die Rechtsprechung „Anlass zu einer umfassenden rechtswissenschaftlichen Analyse der verschiedenen gesetzlichen Grundlagen zu den zahlreichen Regelungsaufträgen des G-BA.“ Daher würden die Gutachter nun die einzelnen konkreten Rechtsgrundlagen im SGB V verfassungsrechtlich unter die Lupe nehmen. Ziel der Gutachten sei es, neben der Analyse demokratischer Defizite auch Vorschläge zu erarbeiten, wie diese konkret behoben werden könnten. Die FAZ sieht in diesem Vorhaben ein breites Spektrum: „In der Theorie kann das von der besseren Formulierung der im Gesetz erteilten Ermächtigungen bis hin zur Fachaufsicht durch den Bund oder zu der Übertragung der Aufgaben an eine Bundesbehörde reichen.“ Mit den Gutachten sei Mitte des Jahres zu rechnen. Damit könnten die Ergebnisse voraussichtlich Teil der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl sein.

Der G-BA ist das oberste Beschlussgremium der Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen. Das Gremium entscheidet, welche medizinischen Leistungen die gesetzliche Krankenversicherung bezahlt.

mr, cas

© Markus Kmpfer/Fotolia

NRW-CDU

Bundesgesundheitsminister Spitzenkandidat für Bundestagswahl

Die CDU in Nordrhein-Westfalen zieht mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe an der Spitze in die Bundestagswahl. Mitte Februar wählte die Landesvertreterversammlung des größten CDU-Landesverbandes Gröhe mit 98,7 Prozent für den Listenplatz eins. Direkt dahinter folgt der beamtete Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und aktuelle Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann. Der ehemalige gesundheitspolitische Sprecher der Union und derzeitige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Jens Spahn, ist nicht auf der Landesliste vertreten und setzt somit auf das Direktmandat in seinem Wahlkreis. Ebenfalls kündigte Gröhe bereits im vergangenen Sommer an, dass er auch nach der nächsten Bundestagswahl wieder für das Amt des Bundesgesundheitsministers bereitstehe. „Ich kann mir supergut vorstellen, weiter Bundes-

© FVDZ

Der Freie Verband mit neuem Stand

Besuchen Sie uns auf der IDS!

Die weltgrößte Internationale Dental-Schau (IDS) ist auch für den Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ein Muss. Wenn sich die globale Branche vom 21. bis 25. März wieder trifft, ist der größte unabhängige Berufsverband Deutschlands mit-tendrin. Dieses Mal mit neuem Stand und neuen Themen.

Am FVDZ-Messestand auf Verteilerebene V1 zwischen den Hallen 10 und 11 können sich die Besucher modern und interaktiv schnell und präzise über die Erfolge und Leistungen des Verbandes informieren. Ob Student, Existenzgründer, erfahrener Zahnarzt oder Praxismitarbeiter – für jeden ist etwas dabei. Erstmals stehen vier Top-Themen im Fokus: Freiberuflichkeit, Kongresse und Seminare, Praxisführung und Praxisgründung sowie Praxisabgabe und Praxisuche. In diesen Bereichen unterstützt der Verband seine Mitglieder besonders und hat ein vielfältiges Service-Paket geschnürt. Dazu gehören spezielle Fortbildungen für unterschiedliche Zielgruppen, die Initiative „young dentists“ für Berufseinsteiger, das Praxishandbuch für die tägliche Arbeit in der Zahnarztpraxis sowie ein „Praxispool“ für Zahnärzte, die eine Praxis suchen oder abgeben wollen.

Alle Standbesucher können auch an einem Gewinnspiel teilnehmen und attraktive Preise mit nach Hause nehmen.

Mehr Infos zur IDS 2017 gibt es ab Seite 16.

mf

© Dirk Schnack (dl)